

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zum internationalen Frauentag gäbe es viele Dinge anzusprechen: Lohnlücke, Pensionlücke, Verteilung unbezahlter Sorgearbeit, Gewalt gegen Frauen und mehr. Da im Juni Kommunalwahl ist und in den Kommunen – unseren Städten, Gemeinden und Kreisen – **die** Politik gemacht wird und **die** Entscheidungen getroffen werden, die in die Lebenswelt der Menschen ganz direkt und unmittelbar einwirken, möchte ich mich heute genau darauf fokussieren.

Werfen wir doch mal einen Blick in die Zukunft – eine Zukunft, in der die Stimmen der Frauen lauter und klarer in den kommunalen Gremien erklingen - sei es als Rätinnen, als Bürgermeisterinnen und als Landrätinnen.

Gleichberechtigung darf nicht nur eine leere Worthülse sein, sondern ist eine Verpflichtung ist, die wir entschlossen umsetzen müssen.

Das unübersehbare Ungleichgewicht in den politischen Entscheidungsgremien müssen wir endlich angehen. Frauen machen mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus und spielen eine entscheidende Rolle in unserer Gesellschaft. Deshalb gehören auch ihre Perspektiven, Erfahrungen und ihre Expertise in den Mittelpunkt unserer politischen Diskussionen.

Die Kommunalparlamente sind die Grundfeste unserer Gemeinschaften – Orte, an denen die Weichen für die Zukunft gestellt werden. Doch schauen wir genauer hin: Wo sind die Frauen in diesen Gremien? Warum sind ihre Stimmen oft nur leise, wenn es darum geht, die Geschicke unserer Städte und Gemeinden zu lenken?

Nach langen Diskussionen konnte für die Kommunalwahlen 2019 eine "Soll-Bestimmung", leider kein „Muss“, durchgesetzt werden. Diese sieht vor, dass

die Wahllisten abwechselnd mit Männern und Frauen besetzt werden – das sogenannte Reißverschlussprinzip.

Dies bewirkte einen leichten Anstieg des Frauenanteils in den Kreistagen und Gemeinderäten. Der durchschlagende Erfolg blieb aber aus, wir sind noch meilenweit von einer paritätischen Verteilung entfernt – in den Kreistagen noch weiter als in den Gemeinderäten. Ursächlich sind erhebliche Unterschiede bei den gleichstellungspolitischen Maßnahmen zwischen den Parteien. Am konsequentesten setzten wir GRÜNEN das Reißverschlussverfahren um – unsere verpflichtende Frauenquote wirkt! Besonders bei der AfD wurde das Prinzip fast vollständig ignoriert.

Dementsprechend waren die Unterschiede im Frauenanteil bei den Kommunalwahlen groß. Unser ca. hälftiger Frauenanteil über die Räte hinweg zieht die Quote nach oben. Trotzdem liegt die Quote in den Kreistagen nur bei gut 22 %, bei den Gemeinderäten knapp 27 %.

Mit Blick auf die Daten wird klar: Die Art und Weise, wie die Parteien und Listengruppierungen ihre Wahllisten aufstellen, hat einen **entscheidenden** Einfluss darauf, wie viele Frauen letztendlich in den Kommunalparlamenten des Landes vertreten sind.

Wenn Männer und Frauen gleichberechtigt aufgestellt sind oder wenn es einen höheren Frauenanteil auf den aussichtsreichen Plätzen gibt, dann resultiert daraus ein deutlich höherer Frauenanteil unter den Gewählten. Diese doch recht einfache Erkenntnis unterstreicht deutlich, wie stark die Nominierungspraxis der Parteien und Gruppen den tatsächlichen Frauenanteil in unseren kommunalen Gremien bestimmt.

Die Forderung an alle Parteien und Gruppen kann deshalb nur sein: Sorgt für Parität bei der Aufstellung! Und - liebe Wählerinnen und Wähler, wählt die

engagierten Frauen! Es steht nirgends geschrieben, dass nur Männer gewählt werden dürfen.

Nur so können wir sicherstellen, dass alle Stimmen in unserer Gesellschaft gehört werden. Denn Politik von und für Frauen ist Politik für die ganze Gesellschaft!

Wichtig ist aber auch, das politische Engagement besser kompatibel mit der Lebensrealität von Frauen zu machen. Wir müssen darüber reden, wie die Sitzungskultur verändert werden kann: Redezeitbegrenzungen und Sitzungszeitbegrenzungen können in den Geschäftsordnungen festgelegt werden. Geprüft werden muss, wie digitale oder hybride Sitzungen rechtsicher eingeführt werden können, eine Elternzeitregelung für das politische Ehrenamt sollte überdacht werden wie auch die Erstattung von Kosten für externe Betreuung von Kindern und zu pflegenden Angehörigen.

Solche Neuerungen würden dann nicht nur Frauen den Schritt zum Mandat erleichtern, sondern letztlich allen zugutekommen.

Noch größer als innerhalb der Räte ist das Ungleichgewicht der Geschlechter bei den Verwaltungsspitzen.

Nur rund **8 Prozent** der Chefsessel in den Rathäusern sind von Frauen besetzt.

Wir sind gerade einmal bei etwa **fünf Prozent** Oberbürgermeisterinnen. An der Spitze unserer 35 Landkreise stehen **zwei Frauen** und 33 Männer.

Hier setzt das Land jetzt an und unterstützt die Kampagne "Bürgermeisterin? – Ich mach das!". Sie ist **ein** Schritt, um diese Ungleichheit anzugehen und den Frauenanteil in kommunalpolitischen Spitzenämtern nachhaltig zu erhöhen.

Es muss uns gelingen, mehr Frauen für Spitzenämter in unseren Kommunen zu gewinnen.

Und auch hier gilt die Forderung an die Wählerinnen und Wähler: traut den Frauen ein solches Amt zu und wählt Frauen an die Spitze!

Eine besondere Rolle auf dem Weg zu einer gleichberechtigten Gesellschaft kommt darüber hinaus dem Thema Bildung und Empowerment zu, insbesondere der Bekämpfung von Rollenstereotypen. Frauen sollen ihre Potenziale voll entfalten können. Durch die gezielte Bekämpfung von Rollenstereotypen in Bildungseinrichtungen schaffen wir eine Umgebung, in der Frauen und Mädchen ihre Interessen und Talente frei entfalten können, ohne von überholten Geschlechterklischees eingeschränkt zu werden. Es ist nicht naturgegeben, dass zum Beispiel in den Kommunen Frauen überproportional in den unteren Lohngruppen anzutreffen sind und die Luft für sie nach oben immer dünner wird. Wir werden künftig gerade auch in den kommunalen Verwaltungen noch mehr gut ausgebildete Frauen in den Amtsleitungen brauchen. Rollenklischees und –zuschreibungen sind dafür nur hinderlich!

Es gibt aber noch weitere Herausforderungen:

Der kürzlich veröffentlichte "GesellschaftsReport BW" legt besorgniserregende Ergebnisse offen, insbesondere im Blick auf die digitale Gewalt und Hatespeech, die vermehrt Kommunalpolitikerinnen treffen.

In Interviews im Vorfeld der Kommunalwahlen 2024 wird beleuchtet, welche Auswirkungen diese Form der digitalen Gewalt auf persönlicher und politischer Ebene für die Betroffenen hat.

Die Ergebnisse sind alarmierend. Immer häufiger sehen sich Politikerinnen mit digitaler Gewalt konfrontiert, angefangen bei persönlichen Beleidigungen bis hin zu ernsthaften Gewaltandrohungen in E-Mails. Hatespeech manifestiert sich durch die Verbreitung von Falschaussagen, öffentliche Abwertung mittels Stereotypen, visuelle Verunglimpfung, Diffamierungen, Beleidigungen und sogar sexualisierte Gewalt.

33 Prozent der teilnehmenden Politikerinnen in Baden-Württemberg mussten bereits Anfeindungen erleben. 46 Prozent von ihnen haben Hass im Netz erfahren. Diese Zahlen verdeutlichen die Belastungen, denen politisch engagierte Frauen ausgesetzt sind. Anfeindungen, insbesondere während des Wahlkampfs, sind keine Seltenheit.

Das führt teilweise dazu, dass Politikerinnen ihre Meinungen vorsichtiger äußern, zurückhaltender in der Nutzung sozialer Medien werden oder im schlimmsten Fall sogar ihre Ämter niederlegen.

Dagegen müssen wir alle angehen!

Gerade im Hinblick auf die kommenden Kommunalwahlen ist es unsere gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung, Frauen zu ermutigen, aktiv an der Gestaltung unserer Demokratie teilzunehmen und am öffentlichen Diskurs mitzuwirken. Wir müssen als Gesellschaft zusammenstehen und die Betroffenen unterstützen.

Um das Bewusstsein für geschlechtsspezifische digitale Gewalt zu schärfen und insbesondere Kommunalpolitikerinnen in den Fokus zu rücken, hat das Sozialministerium die Ergebnisse des GesellschaftsReports BW im Rahmen eines Fachtags präsentiert. Unter dem Titel „Geschlecht und Hass im digitalen Raum. Das Internet – (K)Ein Ort für Sexismus und Hatespeech“ wurden nicht nur die Ergebnisse vorgestellt, sondern auch die

Schwerpunktsetzung der Gleichstellungs- und Frauenminister*innenkonferenz im Jahr 2024 unter dem Vorsitz von Baden-Württemberg eingeleitet.

Ziel ist, eine nachhaltige und effektive Strategie gegen digitale Gewalt zu erarbeiten und umzusetzen.

Vielen Dank an Staatssekretärin Leidig für diese Initiative!

Und es gibt ja auch weitere hoffnungsvolle Initiativen.

Heute Nachmittag findet hier im Hause, im Foyer, die Gründung eines landesweiten überparteilichen Netzwerks für politikinteressierte und gesellschaftlich engagierte junge Frauen des Dachverbands der Jugendgemeinderäte statt. Das ist genau der richtige Weg. Wir brauchen diese engagierten jungen Frauen, die Lust haben, in ihren Kommunen etwas zu bewegen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in Artikel 3 GG steht: Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die **tatsächliche** Durchsetzung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen und **wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin**.

Wir sind auf dem Weg, aber es bleibt noch viel zu tun!